

# **NIEDERSCHRIFT**

## **über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses vom Dienstag, 05. April 2005**

---

---

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer  
Schriftführerin: Napieralla (zu TOP 1), Pfleger

Anwesend waren stellvertretende Bürgermeisterin Anhalt, die Stadträtinnen Hülser, Dr. Luther, Schurer B. und Warg-Portenlänger (für Stadtrat Schurer R.) sowie die Stadträte Gietl, Krug, und Schechner A..

Entschuldigt waren stellvertretender Bürgermeister Ried sowie und Stadtrat Schurer R..

Stadträtin Gruber war als Zuhörerin anwesend.

Von der Verwaltung nahmen Herr König, Herr Napieralla und Frau Pfleger beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Verwaltungsausschusses fest.

---

*Es wurden keine Bürgeranfragen vorgetragen.*

### **TOP 1**

#### Vorberatung des Haushaltsplanes 2005

öffentlich

Eingangs erläuterte Bürgermeister Brilmayer die schwierige Haushaltsplanaufstellung 2004 im Vergleich zu 2005. Insgesamt habe sich zwar die finanzielle Situation 2005 gegenüber 2004 nicht verändert. Aber durch die gesunkene Steuerkraft der Stadt Ebersberg in 2005 vermindert sich dieses Jahr die Kreisumlage erheblich, obwohl der Kreis seinen Hebesatz für die Kreisumlage um 3,5 Punkte erhöht. Nunmehr liegt dem Gremium ein ausgeglichener Haushaltsentwurf vor, welcher beraten werden soll.

Stadtkämmerer Napieralla führte anschließend Folgendes aus:

Mit Schreiben vom 22. und 29.03.2005 wurde den Ausschussmitgliedern ein in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichener Haushaltsentwurf 2005 zugesandt. Dem Entwurf waren beigefügt:

1. Haushaltssatzung
2. Kurzerläuterungen zum Verwaltungshaushalt, sowie der Verwaltungshaushalt selbst
3. Kurzerläuterungen zum Vermögenshaushalt, sowie der Vermögenshaushalt selbst
4. Rücklagen- und Schuldenübersicht
5. Stellenplan mit Personalkostendiagramm
6. Investitionsplanung
7. und eine Auflistung von Positionen, welche im ausgeglichenen Haushaltsentwurf derzeit nicht enthalten sind.

Die Stadtkämmerei versuchte mit diesem Entwurf einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Ausgabepositionen, welche auf Vorschlag des Stadtkämmerers nicht im Haushalt enthalten sind, sind auf einer gesonderten Liste festgehalten.

Mit Schreiben vom 14.01.2005 wurden alle Abteilungsleiter, sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufgefordert, ihre Mittelanforderungen abzugeben. Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass die Steuereinnahmen in 2005 um ca. € 1,2 Mio. sinken und die Kreisumlage zwar um ca. € 800.000 niedriger sein werde, dafür aber im Haushaltsjahr 2006 wieder um ca. € 1 Mio. steigen wird.

Alle Mittelanforderungen wurden mit den Beteiligten besprochen; jene, die im Haushaltsentwurf eingestellt wurden, und jene, welche nicht eingebracht werden konnten. Bei der Haushaltsplanaufstellung wurden die einvernehmlichen Sparberatungen des Gremiums für den Sparhaushalt 2004 in besonderem Maße berücksichtigt. In diesen Sparberatungen war zustimmend bekannt, dass sich die allgemeine schwierige Finanzsituation im Verwaltungshaushalt heuer, sowie voraussichtlich auch in den kommenden Jahren nicht ändern werde. So konnten bei erheblich sinkenden Steuereinnahmen in 2005 keine steigenden Ausgaben, vor allem in freiwilligen Leistungsbereichen, eingestellt werden.

So wurden im vorliegenden Entwurf die Haushaltsansätze 2004 (einschließlich Nachtragshaushalt) mit den Ist-Ergebnissen 2004 verglichen, Veränderungen und Notwendigkeiten für 2005 berücksichtigt und je nach Mittelanforderungen die neuen Haushaltsplanaansätze festgesetzt.

Der Haushaltsentwurf steht selbstverständlich für Änderungsvorschläge offen. Soweit möglich und nötig, wird versucht, dann erneut einen Haushaltsausgleich herzustellen.

Nunmehr schließt der 1. Haushaltsentwurf im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils € 15.370.000 und im Vermögenshaushalt mit jeweils € 12.560.000. Dies entspricht einer Gesamtsumme von € 27.930.000 und ist somit um € 640.000 höher als 2004.

Nur für Wasser- und Kanalinvestitionen sind im Haushalt 2005 Kreditaufnahmen in Höhe von € 2.000.000 geplant. Ansonsten sind **keine** Kreditaufnahmen für die Stadt Ebersberg vorgesehen.

Stadtkämmerer Napieralla bat dem Stadtrat die Beschlussfassung des vorliegenden Entwurfs (Haushaltssatzung, Haushaltsplan 2005 einschließlich Anlagen) zu empfehlen. Die Empfehlung sollte mit der Maßgabe verbunden sein, dass am Jahresende ein evtl. verbleibender Sollüberschuss der Rücklage zuzuführen ist.

Anschließend erläuterte Stadtkämmerer Napieralla anhand Tageslichtprojektor und Folien (**siehe Anlage 1 – 11**) folgende Themenbereiche:

- Personalkosten
- Grundsteuern A und B
- Gewerbesteuer/Gewerbesteuerumlage
- Einkommensteuerbeteiligung/Beteiligung Umsatzsteuer/Einkommensteuer-Ersatzleistung
- Solidarumlage/Kreisumlage
- Zuführungsbeträge
- Rücklagen
- Schulden

Zu den Schulden wurde vom Gremium ohne Gegenrede zur Kenntnis genommen, dass die Stadtkämmerei beabsichtigt, die geplante Kreditaufnahme für Wasser- und Abwasserinvestitionen in Höhe von € 2,0 Mio. zum Teil aus „freien Mitteln“ aus unrentierlichen Schuldendarlehen abzudecken.

Insgesamt wurde nochmals darauf hingewiesen, dass der Verwaltungshaushalt „ausge-reizt“ sei, d.h., dass bei gleich bleibenden oder sogar sinkenden Steuereinnahmen keine Mehrausgaben möglich sind. Dies würde nur zu Lasten des Mindestzuführungsbetrages vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt gehen und dem Grunde nach nicht zulässig sein.

Unter Hinzuziehung der Kurzerläuterungen wurde der Entwurf des Verwaltungshaushalts und des Vermögenshaushalts Seite für Seite durchgeblättert. Hierbei wurden folgende Sachverhalte angesprochen, erörtert oder per Beschlussempfehlung verändert:

- Die externe EDV-Beratung bzw. Mitarbeit für die Rathaus-EDV sollte zur Stärkung der einheimischen Unternehmen/Wirtschaft nur von ortsansässigen Firmen durchgeführt werden.  
Dem wurde entgegengehalten, dass sich die beauftragte Firma einen langjährigen Vertrauensschutz erworben habe und auch die Rathaushardware (später auch Schulhaushardware) mitbetreuen kann. Letztendlich sei konkret der Beschluss des Gremiums umgesetzt worden: Keine Personaleinstellung, sondern externe EDV-Beratung und Mithilfe von außen.  
Einvernehmlich wurde festgehalten, dass sich dennoch jede Ebersberger EDV-Beratungsfirma bei der Stadt melden bzw. „bewerben“ kann.
- Bei der Umweltstation wurde beanstandet, dass sich die Summe der Personalkosten erheblich erhöht hätten. Außerdem sollte der Haushaltsansatz: Umweltstation 111.650 „Büro/Veranstaltungen“ von € 20.000 auf € 18.500 gesenkt werden. Dementsprechend sollte in Relation auch der Ansatz der Einnahmehaushaltsstelle: Umweltstation „Betriebseinnahmen“ € 6.500 gesenkt werden.  
Dem wurde entgegengehalten, dass zum Nachweis der Ausgaben in der Umweltstation bzw. zur Sicherung des bisherigen Staatszuschusses vom Umweltministerium für die Umweltstation von ca. € 17.000, richtigerweise 50% der Personalkosten vom Leiter des Museums Wald und Umwelt (der zugleich als Leiter der Umweltstation fungiert) zu Lasten der Umweltstation veranschlagt wurden. Ebenso wurden 13% der Personalkosten von Frau Kosanovic, welche die Terminorganisation für die Umweltstation in der Hauptverwaltung erledigt, zu Lasten der Umweltstation veranschlagt (bewirkt eine Kostensenkung in der Hauptverwaltung). Personalkosten steigernd für die Umweltstation wirkte sich auch aus, dass die Personalkosten von Frau Pauli vom Museum Wald und Umwelt der Umweltstation zugerechnet wurden. Um weiterhin den Staatszuschuss vom Umweltministerium zu erhalten, muss die Halbtagsstelle von Frau Kern zusammen mit der Tätigkeit von Frau Pauli für die Umweltstation, neben der Leitungsfunktion von Herrn Freitag, eine Vollzeit-Stelle ergeben. Deshalb war für Frau Pauli eine geringfügige Stundenerhöhung notwendig.  
Zusätzlich sind 2005 volle 12 Kalendermonate an Personalkosten für Kassenkräfte und Museumsführer veranschlagt (2004 nur vom Zeitpunkt der Eröffnung im Mai bis November).

Die Stadtverwaltung sollte weiterhin bemüht sein, für die Gesamtbetriebsführung Museum Wald und Umwelt und der Umweltstation einen „Großsponsor“ zu finden.

Abschließend lehnte es der Finanz- und Verwaltungsausschuss mit 7 : 2 Stimmen ab, den Haushaltsansatz der Umweltstation „Büro/Veranstaltungen“ von € 20.000 auf € 18.500 (auch in Relation die Einnahmehaushaltsstelle) zu senken.

*(auf die Ansatzveränderung „Tätigkeiten des Förderkreises“ Waldmuseum von € 6.400 auf € 9.200 wie sie den Mitgliedern des Finanz- und Verwaltungsausschuss mit Schreiben vom 29.03.2005 mitgeteilt worden war, wurde nicht mehr eingegangen)*

- Ohne weitere Diskussion empfahl der Finanz- und Verwaltungsausschuss für den Bereich Stadtjugendpflege einstimmig mit 9 : 0 Stimmen folgende Haushaltsansätze - wie im vorangegangenen Sozialausschuss am 01.03.2005 beraten - zu ändern:
 

460.110 Einnahmen aus Veranstaltungen	vorher € 3.800	jetzt € 5.300
460.150 Sonstige Betriebseinnahmen	vorher € 300	jetzt € 500
460.562 Verwaltungs- und Betriebsausgaben	vorher € 11.000	jetzt € 13.300

Insgesamt ergibt sich hier eine Mehrbelastung des städtischen Haushalts von € 600.

- Für das Hallenbad sollte bei nächster Gelegenheit eine Aufstellung hinsichtlich der Besucherzahlen und Eintrittspreise dem Gremium erläutert werden.
- Der Mittelansatz für den Gebäudeunterhalt der städtischen Schulen soll von € 50.000 auf € 72.000 erhöht werden, damit z.B. die defekten Markisen im Altbau (Kosten ca. € 22.000) repariert bzw. erneuert werden können. Diese Ansatzerhöhung ist mit einer Ansatzreduzierung bei der Sanierung des Klostersees auszugleichen (siehe nachfolgenden Punkt).  
Insgesamt waren vom Stadtbauamt für den Schulgebäudeunterhalt € 122.000 beantragt und von der Stadtkämmerei im 1. Haushaltsentwurf mit € 50.000 eingestellt worden.  
Nach ausführlicher Diskussion beschloss der Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen o.g. Ansatz pauschal auf € 72.000 zu erhöhen. Welche Mittel genau wo eingesetzt werden, soll der Eigenverantwortung von Bauamt und Schulleitung übertragen werden.
- Der ursprüngliche Haushaltsansatz zur Sanierung des Klostersees mit € 195.000 im Haushalt 2005 wurde kritisiert. Gesamtsanierungskosten in Höhe von ca. € 375.000 aus Steuergeldern zu finanzieren sei zu „riskant“. Hier sollte vorerst ein Ansatz von € 30.000 für die laufenden Kosten (Schlammabsaugen am Klosterseeausgang) gewählt werden. Die weitere Differenzsumme sollte als Rücklage, auch für die zu erwartende hohe Kreisumlage 2006, eingestellt oder zum Teil zur weiteren Schulhausgebäudesanierung verwendet werden. Über eine spätere Ansatzerhöhung, wenn tatsächlich mit der Sanierung des Klostersees begonnen wird, ist dann in einem Nachtragshaushalt zu entscheiden. Darüber hinaus wäre vor der Einstellung von Sanierungsmitteln für den Klostersee der Sachverhalt der Zuschussbewilligung vom Wasserwirtschaftsamt definitiv abzuklären. Bis dato läge nämlich keine Bewilligungszusage vor. Mit der jetzt geplanten Mitteleinstellung wäre „grünes Licht“ zur Sanierung gegeben, obwohl -wie bereits erwähnt- keine Bewilligungszusage vorhanden ist und letztendlich die Sanierung des Klostersees auch nicht die definitive Lösung des Algenproblems garantiert. Dem wurde entgegengehalten, dass es in der Tat keine 100%-ige Sicherheit gibt, mit der Entschlammung des Klostersees das Algenproblem vollständig zu beseitigen. Aber mit einer Entschlammung nach mehr als ca. 600 Jahren würde allemal die Chance steigen, den Klostersee wieder als Badensee zu gewinnen. Außerdem würde die tatsächliche Entscheidung, ob und wann mit der Klosterseeentschlammung begonnen werde, erst in einer „Sondersitzung“ ca. zur Jahresmitte getroffen. Mit dem jetzigen Mittelansatz sollen klare Rahmenbedingungen für 2005 geschaffen werden. Das „wohin mit dem Klosterseeschlamm“ ist geklärt und vom Landratsamt genehmigt. Da der Schlamm unbelastet sei, kann er zur Verfüllung von Kiesgruben verwendet werden, er kann an Waldrandstreifen abgelagert und er kann auch bis zu einer Höhe von 10 cm auf Feldern ausgebracht werden.  
Fraglich erscheint in der Tat zu sein, ob ggf. im Haushaltsjahr tatsächlich insgesamt € 195.000 noch an Kosten entstehen werden oder vorerst nur € 150.000 im Haushalt 2005 eingestellt werden sollen. Die Restsumme von € 43.000 könnte mit € 22.000 für den Schulhausunterhalt (Markisen/Rollos) und mit € 23.000 für eine Rücklage „Klostersee“ verwendet werden.

Nach ausführlicher Diskussion wurden folgende Anträge gestellt:

SPD: Für die Sanierung des Klostersees werden vorerst € 30.000 im Haushalt eingestellt. Der Rest von € 165.000 ist der RL zuzuführen und kann ggf. im Rahmen eines Nachtragshaushalts wieder einer eventuellen Klosterseeentschlammung zur Verfügung gestellt werden.

CSU: Für die Sanierung des Klostersees werden vorerst € 150.000 im Haushalt 05 eingestellt. € 22.000 sind zusätzlich für die Sanierung der Schulgebäude (Reparatur der Markisen) zu verwenden und der Rest, € 23.000, sind über die Rücklage zur Sanierung des Klostersees zu reservieren.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss lehnte den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion mit 3 : 6 stimmen ab; der Antrag der CSU-Fraktion wurde mit 6 : 3 Stimmen angenommen.

- Weiter wurde diskutiert, ob der Haushaltsansatz für den geplanten Bau des S-Bahnsteigzugangs West mit € 550.000 und der entsprechende Zuschuss aus dem Schnittstellenprogramm mit € 440.000 bereits jetzt zu Beginn des Haushaltsjahres 2005 zu veranschlagen sei.

Dem wurde entgegengehalten, dass die Deutsche Bundesbahn bei Gesprächen mitgeteilt habe, dass dort konkrete Überlegungen bestehen, ab Ebersberg eine Express S-Bahn einzusetzen (S-Bahn/Schienenbus, welche/r von Wasserburg kommend nur noch in Grafing anhält und dann direkt nach München-Ostbahnhof durchfährt). Hierzu wäre eine Verbreiterung bzw. eine Erhöhung des S-Bahnsteiges notwendig. Sollte dieses Vorhaben realisiert werden, wäre dies die letzte Möglichkeit bei dieser Gelegenheit den Bahnsteigzugang West zu schaffen. Für diese Baumaßnahmen stehen nach wie vor Mittel aus dem Schnittstellenprogramm zur Verfügung.

Abschließend wurden alle gestellten Fragen von Bürgermeister Brilmayer, Herrn König und Herrn Napieralla beantwortet. Seitens der UWG-Fraktion wurde Zustimmung zum besprochenen Haushaltsentwurf signalisiert, da bestmöglich die geplanten Einnahmen und Ausgaben veranschlagt wurden und man auf Grund der sinkenden Kreisumlage in 2005 sozusagen „mit einem blauen Auge“ davon käme. Seitens der SPD-Fraktion wurde mitgeteilt, dass man zwar grundsätzlich mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf einverstanden sei, aber auf Grund der Tatsache, dass zur Sanierung des Klostersees bereits jetzt € 150.000 eingestellt werden sollen, eine Zustimmung zum Gesamthaushalt verweigere. Mit gleicher Meinung äußerte sich die Fraktion der Grünen. Von Seiten der CSU-Fraktion wurde insbesondere wegen der nunmehr geschaffenen Rahmenbedingungen (Klosterseesanie rung/Bahnsteigzugang West) Zustimmung signalisiert.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss empfahl nach ausführlicher Diskussion mit 6 : 3 stimmen dem Stadtrat den nunmehr vorliegenden Haushaltsentwurf (Satzung, Haushaltsplan, Anlagen) zu beschließen. Diese Empfehlung ist mit der Maßgabe verbunden, am Jahresende einen eventuell verbleibenden Sollüberschuss der Rücklage zuzuführen.

Anschließend diskutierte der Finanz- und Verwaltungsausschuss einen Antrag der SPD-Fraktion, vom 26.03.2005 und einen Antrag der CSU-Fraktion, vom 29.03.2005 jeweils zur städtischen Haushaltsplan-Abwicklung. Kopien der Anträge waren den Mitgliedern des Ausschusses mit der Ladung zugegangen:

SPD-Antrag:

Der Haushalt 2005 wird im Sinne einer Umstrukturierung in Richtung Kostenstellenrechnung und Budgetierung in folgenden Punkten abgeändert:

1. Der Haushalt im Bereich Jugendpflege erhält ab dem Haushaltsjahr 2005 ein Budget in Höhe des vorgelegten Entwurfes des Jugendpflegers. Überschüsse bzw. Fehlbeiträge werden ins nächste Haushaltsjahr übertragen
2. Zumindest für die Bereiche Schulen, Bücherei, Umweltstation und Waldmuseum wird eine klare Kostenstellenrechnung unter Einbeziehung aller Einnahmen und Ausgaben erstellt.

Zum Antrag wurde erläutert, dass dadurch z.B. für den Stadtjugendpfleger ein Anreiz geschaffen werden soll, Ausgaben zu sparen oder Mehreinnahmen für eigene Zwecke zu erwirtschaften. Insgesamt sollte dieses Umstellen der Haushaltsbewirtschaftung bereits der Einstieg für die kaufmännische Buchführung sein.

Hinsichtlich der Veränderung zur Kosten- und Leistungsrechnung bzw. Kaufmännischen Buchführung wurde von der Verwaltungsseite mitgeteilt, dass dies dann aber mit erheblichen zeitlichen und personellen Aufwand verbunden sei (Beispiel Landratsamt Ebersberg). Ziel sollte es sein, in einem angemessenen Zeitraum sich Schritt für Schritt von der Kameralistik hin zur doppelten Buchführung zu entwickeln. Dies könnte ohne weiteres einen Zeitraum von ca. 5 – 8 Jahren erfordern.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss fasste nach kurzer Diskussion folgende Beschlüsse:

- Mit 9 : 0 Stimmen beschloss der Finanz- und Verwaltungsausschuss, dass für den Bereich der Stadtjugendpflege für die Haushaltsstellen 460.562 Ausgaben für Veranstaltungen der Stadtjugendpflege und 460.110 bzw. 460.150 Einnahmen der Stadtjugendpflege am Jahresende eine gesonderte Abrechnung durchzuführen ist. Mehr- oder Minderausgaben bzw. Mehr- oder Mindereinnahmen sind bei erreichter Zielvorgabe auf das kommende Haushaltsjahr zu übertragen.
- Mit 2 : 7 Stimmen lehnte es der Finanz- und Verwaltungsausschuss ab, zum jetzigen Zeitpunkt eine Kostenstellenrechnung für die Bereiche Schulen, Bücherei, Umweltstation und Waldmuseum einzuführen.

CSU-Antrag:

Die bisher im Vorfeld der jährlichen Haushaltsdebatte bewährte Praxis einer umfassenden Information des Finanz- und Verwaltungsausschusses über finanzielle Möglichkeiten und Verpflichtungen soll auf das gesamte Haushaltsjahr ausgedehnt werden. Auf jeder Tagesordnung eines Finanz- und Verwaltungsausschusses ist im nicht-öffentlichen Teil ein Punkt „Detailinformationen zum Stadthaushalt“ (z.B. Personalkostenentwicklung, Vermögensbestand, Betriebskosten einzelner Einrichtungen, Arbeitszeiten, Verwaltungsmodernisierung/Umstrukturierung) aufzunehmen.

Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen stimmte der Finanz- und Verwaltungsausschuss dem Antrag zu.

**TOP 2**

Stadtrat Robert Schurer;  
Antrag auf Entbindung vom ehrenamtlichen Stadtratsmandat

öffentlich

Mit Schreiben vom 25.03.2005 beantragt Stadtrat Schurer die Entbindung von seinem ehrenamtlichen Stadtratsmandat wegen starker beruflicher Beanspruchung, die ihm eine adäquate Erledigung der Aufgaben als Stadtrat und insbesondere auch die Wahrnehmung der abendlichen Sitzungstermine des Gremiums nicht mehr erlaubt.

Bürgermeister Brilmayer erläuterte, dass gem. Art 19 GO die Niederlegung eines Ehrenamtes aus wichtigen Gründen, die ausdrücklich und insbesondere auch in den Berufsverhältnissen des Verpflichteten liegen können, möglich ist.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss empfahl dem Stadtrat einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, Herrn Stadtrat Schurer von seinem ehrenamtlichen Stadtratsmandat zu entbinden.

**TOP 3**

Gemeindevorordnung über die Beschränkung von Anschlägen in der Öffentlichkeit auf bestimmte Flächen in der Stadt Ebersberg – Plakatierungsverordnung;  
Beratung über die Notwendigkeit eines Neuerlasses

öffentlich

*Dieser Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der zu erwartenden Beratungsdauer vertagt.*

**TOP 4**

Änderung der Geschäftsordnung zur Anpassung an die Gesetzeslage

öffentlich

Mit Wirkung vom 01.08.2004 wurde die Gemeindeordnung (GO) geändert. U. A. wurde die Zuständigkeit zur Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung der Arbeiter der Gemeinde kraft Gesetzes auf den 1. Bürgermeister übertragen. Bisher war hierfür der Gemeinderat zuständig.

Die Geschäftsordnung des Stadtrates Ebersberg, nach der die Zuständigkeit für diesen Bereich bisher beim Finanz- und Verwaltungsausschuss liegt (§ 9 Nr. 1), ist daher an die neue Gesetzeslage anzupassen.

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Stadtrat die Anpassung der Geschäftsordnung an die bestehende Gesetzeslage zu empfehlen und hierzu in § 9 Nr. 1 die Worte „und der Arbeiter“ zu streichen.

## TOP 5

Verschiedenes;  
Hinweis auf Gedenkgottesdienst

---

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer wies die Ausschussmitglieder auf den Gedenkgottesdienst für den verstorbenen Papst am Donnerstag, den 07.04.05, 19.00 Uhr in der Stadtpfarrkirche hin.

## TOP 6

Wünsche und Anfragen

---

öffentlich

Stadtrat Schechner bat zu prüfen, ob die Stadt gegen das fortgesetzte Parken eines Lieferwagens zu Werbezwecken an der Einmündung der Straße „Zur Gass“ Maßnahmen ergreifen könne.

Bürgermeister Brilmayer sagte zu, die Möglichkeiten der Stadt abzuklären.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung: 22.20 Uhr

Es folgte eine nicht öffentliche Sitzung.

Brilmayer  
Sitzungsleiter

Napieralla  
Schriftführer  
(zu TOP 1)

Pfleger  
Schriftführerin